

Der Griff nach unseren Kindern - die teuflische Frühsexualisierung in den Schulen

Die Schule entwickelt sich seit Jahren in Deutschland zum gefährlichsten Ort für die moralische Gesundheit unserer Kinder.

So wurde in Berlin schon 2010 ein Fach „*Sexuelle Vielfalt*“ eingeführt, in welchem schon ab der ERSTEN Grundschulklasse die Kinder alles über *Homosexualität, Bisexualität, Transsexualität* und sogenannte „*Partnerschaftsformen*“ lernen sollen.

Nun sind aktuell die Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dabei, dem Beispiel Berlins zu folgen und auch die Kinder schon vom ERSTEN Grundschuljahr an mit diesen Inhalten zu konfrontieren. * **Es reicht!**

- **Die Schulen sollen die Kinder erziehen und nicht gemäß der Ideen der sog. '68er' für die „Sexuelle Revolution“ indoktrinieren.**

Seit fast zwei Jahren wird in Deutschland eine heftige Auseinandersetzung um die Schulpolitik geführt. Vor der letzten Bundestagswahl 2013 wurden von engagierten Mitbürgern mehrere Initiativen durchgeführt mit dem Ziel, christliche Politiker zu mehr Entschlossenheit und Mut für eine wahrhaft christliche Politik zu bewegen. Doch besonders die große deutsche Partei mit dem "C" im Namen (*das "C" steht/stand? für "christlich"*) - die CDU - schweigt überwiegend zu dem, was insbesondere in den rot-grün regierten Bundesländern in der Schulpolitik unseren Kindern angetan wird.

Wer in die Lehrpläne der Grundschulen und der weiterführenden Schulen schaut, muss entsetzt feststellen, dass das, was in allen Religionen der Welt als *Sünde* bezeichnet wird, nicht nur verharmlost sondern als rechtssichere Normalität dargestellt wird, die es zu tolerieren gelte. Die verantwortlich in diesen Ländern Regierenden folgen den Zielen straff organisierter und mit entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestatteter Lobbyisten:

- Seit Jahren versuchen Homosexuellen-Organisationen, wie etwa die „*Schwules lesbische Aufklärung*“ (SCHLau), Einfluss in den Schulen zu gewinnen.
- Organisationen wie „*Pro-Familia*“ vermitteln unter dem Vorwand der Schulsexualaufklärung eine ultra-liberale und antichristliche Sicht von Sexualität.

Weil mancherorts die Schulsexualaufklärung dermaßen unchristlich ist, wandern Eltern inzwischen entweder aus oder widersetzen sich verantwortungsbewusst den staatlichen Rechtsnormen, die eindeutig gegen Gottes Wort verstoßen und nehmen dafür sogar Gefängnisstrafen in Kauf, um ihre Kinder zu schützen.

- Der Staat muss dringend das Elternrecht auf Erziehung ernst nehmen, wie es im § 6 Abs. 2 des Grundgesetzes definiert ist: „*Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht*“.

Was für die Schulen in etlichen Bundesländern geplant ist, ist schier unglaublich, ja irrsinnig:

- Homosexualität, Bisexualität, Transsexualität schon ab dem ersten Schuljahr, man kann es sich kaum vorstellen.
- Was in Deutschland in manchen Schulen praktiziert wird, ist eine Zerstörung der Kindheit und darüber hinaus der Würde der Kinder, wie es in der Geschichte noch nie vorgekommen ist.

Unglaublich ist zudem die geringe Zahl von Politikern, die sich wirklich mit diesem Skandal auseinandersetzen. Schutzlos müssen Väter und Mütter zusehen, wie man in den Schulen die Unschuld ihrer Kinder angreift und verletzt. Daher sollten alle christlichen Politiker endlich Mut fassen, den Schutz der Kinder vor einer Früh-Sexualisierung zum Gegenstand ihrer politischen Arbeit zu machen und sich entschieden auf die Seite der Eltern stellen.

Es ist allerhöchste Zeit, dass ein völliges Umdenken in der Schulpolitik durchgesetzt wird, insbesondere durch

1. kein Unterricht mehr über „*Sexuelle Vielfalt*“ in der Grundschule und Entfernung aller der sittlichen Moral entgegenstehenden Lehrpläne in allen Jahrgangsstufen!
2. Die unchristliche Organisation „*Pro Familia*“ muss aus allen Schulen entfernt werden!
3. *Homosexuellen-Gruppen* in den Klassenzimmern müssen verboten werden!

Das wird sich nur ändern, wenn insbesondere wir Christen aktiv werden.

Der Staat oder die Politiker werden die Rechte der Familie und der Bürger nicht automatisch von sich aus schützen. Nur wenn wir protestieren, wenn wir kämpfen, wird das geschehen können.

Wir sollten solange Druck ausüben, bis die Schule wieder ein sauberer Ort ist, in dem die Kinder das wirklich Wichtige für das Leben lernen und nicht zur Sünde verführt werden.

Wenden wir uns an die Spitzen unseres Staates, um sie für dieses Problem in unserer Gesellschaft zu sensibilisieren, zumindest aber um zu analysieren, ob diese überhaupt willens sind, sich gegen dieses schlimme Verbrechen an unseren Kindern entschieden zu wenden. Wenn viele von uns ihre Stimme erheben, werden sie nicht so einfach darüber hinweggehen können.

- Der Schutz unserer Kinder ist ein zentrales gesellschaftliches Thema
- Die Erneuerung der christlichen Werte, basierend auf den Zehn Geboten Gottes, ist eine ebenso zwingende Voraussetzung dafür, dass überhaupt die Gesellschaft insgesamt wieder gesunden kann.

Es wäre schön, wenn möglichst viele sich die beiden Musterbriefe (Seite 3 und 4) ausdrucken und an den Bundespräsidenten und die Bundeskanzlerin schicken könnten.

Geben wir dem Schutz unserer Kinder öffentlich eine Stimme !

Vergessen wir aber insbesondere nicht das Gebet für unsere Kinder sowie für alle, die Verantwortung in unserem Land tragen. Möge Gott unsere Kinder schützen, unser Land wieder nach den christlichen Werten aufrichten und es aus der Dunkelheit der Glaubenslosigkeit und Gottesferne befreien.

Jochen Roemer, im Mai 2015

Adressen für eine Unterstützungsbitte:

An den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Herrn Joachim Gauck Schloss Bellevue Spreeweg 1 10557 Berlin Deutschland	An die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Frau Dr. Angela Merkel Bundeskanzleramt Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin Deutschland
--	--

* Quelle: DVCK e.V.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Joachim Gauck,

seit fast zwei Jahren wird in Deutschland eine heftige Auseinandersetzung um die Schulpolitik geführt. Konkret geht es um die vorgesehene Einführung von Themen wie

- Homosexualität, Transsexualität, Bisexualität und
- generell die „*Akzeptanz sexueller Vielfalt*“ im Unterricht für Kinder, jetzt schon ab dem ersten Grundschuljahr.

Insbesondere Politiker und Politikerinnen, die vorgeben, die christlichen Werte für sich in Anspruch zu nehmen, haben sich aus dieser Debatte bislang weitgehend herausgehalten. Dadurch lassen sie die Eltern in Deutschland im Regen stehen und versündigen sich an schutz- und wehrlosen Kindern!

Berlin war das erste Bundesland, das in aggressiver Art und Weise begann, Kinder bereits ab dem ersten Grundschuljahr mit sexuellen Inhalten zu konfrontieren. Die Einführung der „*Akzeptanz sexueller Vielfalt*“ ist in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg geplant. Auch in anderen Bundesländern wird bereits darüber diskutiert.

Folgt man seriösen Medienberichten, werden Kleinstkinder sogar schon in den o. g. Bundesländern im Kindergarten mit dieser Thematik konfrontiert.

Aufgrund dieser skandalösen Situation wende ich mich voller Sorge um die Zukunft unserer Kinder an Sie mit der Bitte, sich öffentlich entschlossen gegen diesen Angriff auf die Unschuld der Kinder und das Erziehungsrecht der Eltern auszusprechen.

- ❖ Die Schulen sollen die Kinder erziehen und nicht gemäß unchristlicher Ideen für eine „*Sexuelle Revolution*“ indoktrinieren.

Ich bitte Sie: Helfen Sie, unsere Kinder zu schützen!

Erheben Sie als ehemaliger evangelisch-lutherischer Pastor Ihre Stimme und

1. sorgen Sie dadurch mit dafür, dass diese sexuelle Verführung endlich aufhört. Sorgen Sie dafür, dass § 6 Abs. 2 des Grundgesetzes respektiert wird: „*Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht*“.
2. Verstecken Sie sich nicht hinter dem Umstand, dass Schulpolitik Sache der Bundesländer sei und
3. verweisen Sie nicht auf eine Ihrem Amt obliegende Neutralitätsverpflichtung, sondern
4. beweisen Sie durch klare Worte und entsprechendes Handeln, dass Sie persönlich bereit sind, mit selbstlosem Engagement mutig für die Kinder - der Zukunft unseres Landes - einzutreten und sie nicht zum Opfer einer Ideologie zu machen, die sowohl die Gebote Gottes als auch die Würde des Menschen verachtet.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

seit fast zwei Jahren wird in Deutschland eine heftige Auseinandersetzung um die Schulpolitik geführt. Konkret geht es um die vorgesehene Einführung von Themen wie

- Homosexualität, Transsexualität, Bisexualität und
- generell die „*Akzeptanz sexueller Vielfalt*“ im Unterricht für Kinder, jetzt schon ab dem ersten Grundschuljahr.

Insbesondere Politiker und Politikerinnen, die vorgeben, die christlichen Werte für sich in Anspruch zu nehmen, haben sich aus dieser Debatte bislang weitgehend herausgehalten. Dadurch lassen sie die Eltern in Deutschland im Regen stehen und versündigen sich an schutz- und wehrlosen Kindern!

Berlin war das erste Bundesland, das in aggressiver Art und Weise begann, Kinder bereits ab dem ersten Grundschuljahr mit sexuellen Inhalten zu konfrontieren. Die Einführung der „*Akzeptanz sexueller Vielfalt*“ ist in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg geplant. Auch in anderen Bundesländern wird bereits darüber diskutiert.

Folgt man seriösen Medienberichten, werden Kleinstkinder sogar schon in den o. g. Bundesländern im Kindergarten mit dieser Thematik konfrontiert.

Aufgrund dieser skandalösen Situation wende ich mich voller Sorge um die Zukunft unserer Kinder an Sie mit der Bitte, sich öffentlich entschlossen gegen diesen Angriff auf die Unschuld der Kinder und das Erziehungsrecht der Eltern auszusprechen.

- ❖ Die Schulen sollen die Kinder erziehen und nicht gemäß unchristlicher Ideen für eine „*Sexuelle Revolution*“ indoktrinieren.

Ich bitte Sie: Helfen Sie, unsere Kinder zu schützen!

Erheben Sie als Tochter eines evangelischen Pfarrers Ihre Stimme und

1. sorgen Sie mit dafür, dass diese sexuelle Verführung endlich aufhört. Sorgen Sie dafür, dass § 6 Abs. 2 des Grundgesetzes respektiert wird: *„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“*.
2. Verstecken Sie sich nicht hinter dem Verweis, dass Schulpolitik Sache der Bundesländer sei, sondern
3. beweisen Sie durch klare Worte und entsprechendes Handeln, dass Sie persönlich bereit sind, mit selbstlosem Engagement mutig für die Kinder - der Zukunft unseres Landes - einzutreten und sie nicht zum Opfer einer Ideologie zu machen, die sowohl die Gebote Gottes als auch die Würde des Menschen verachtet.

Mit freundlichen Grüßen